



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Handke, H.: Neue Ziele, neue Wege

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Neue Ziele, neue Wege

Von Dr. H. Handke



Im zweiten Buche seines philosophischen Hauptwerkes „Die Welt als Wille und Vorstellung“ weist Schopenhauer auf die „wunderliche Tatsache“ hin, „daß jeder a priori sich als ganz frei auch in seinen einzelnen Handlungen hält und meint, er könne jeden Augenblick einen anderen Lebenswandel anfangen, welches heißt, ein anderer werden. Allein, a posteriori, durch die Erfahrung findet er zu seinem Erstaunen, daß er nicht frei ist, sondern der Notwendigkeit unterworfen ist, daß er, aller Vorsätze und Reflektionen ungeachtet, sein Tun nicht ändert und vom Anfang seines Lebens bis zum Ende denselben von ihm selbst gemißbilligten Charakter durchführen und gleichsam die übernommene Rolle bis zu Ende spielen muß.“

Es kann auch der Politik des Tages nur nützlich sein, sie gelegentlich einmal von einer derartig hohen Warte der philosophischen Erkenntnis aus zu betrachten. Zu Beginn des Krieges, in der ersten Zeit der hochquellenden Begeisterung jener wunderbaren Augusttage des Jahres 1914 hatten wir alle uns mit dem Kanzler das feste Versprechen gegeben, uns auf dem Gebiete der Politik von jeder „Sentimentalität“ im politischen Leben freizuhalten und der deutschen Neigung, alles Fremdartige zu bewundern und nachzuahmen, abzuschwören. Die Folge aber hat gezeigt, daß wir dazu nicht fähig sind, daß das fremde Vorbild auf viele von uns seine alte Anziehungskraft ausübt und daß wir in den Sentimentalitäten, wie unter anderem der Haßgesang gegen England vom Jahre 1914 beweist, wieder mitten drin sind, ja vielleicht ist die Abschwörung jener Sentimentalität die erste Sentimentalität gewesen, weil wir ja nicht erst nötig gehabt hätten, uns so feierlich von ihr loszusagen, wenn wir sie tatsächlich im Innern überwunden hätten. Das hat man in England, wo man in der Politik keine Sentimentalität kennt, auch längst richtig erkannt und in diesem Müttlischwur nur einen Beweis dafür erblickt, daß in dieser

Sinnsicht alles beim Alten bleiben wird — und vielleicht wäre es auch nicht das schlimmste, wenn dem so wäre. Denn wenn uns auch die Sentimentalität in politischen Dingen in mancher Hinsicht geschadet hat, so ist sie schließlich doch nur der Schatten gewisser unleugbarer Vorzüge des deutschen Wesens, denen wir unsere bisherigen Erfolge in der Welt verdanken und die mit verloren gehen würden, wenn wir die Sentimentalität tatsächlich abstreifen — wohl bemerkt, sofern dies möglich wäre. Denn diese so feierlich abgeschworene Sentimentalität ist im Grunde nur der Ausfluß des weit umfassenden univereellen Charakters des deutschen Geistes, ohne den wir weder auf wirtschaftlichem noch auf geistigem Gebiete das geworden wären, was wir heute sind und dem wir letzten Endes die Kraft verdanken, einer Welt von Feinden nicht nur zu widerstehen, sondern sogar zu hoffen, sie niederwerfen zu können. Auch in anderer Hinsicht hat eine derartige grundlegende Charakteränderung, sofern sie möglich ist, ihre großen Bedenken, weil sie nur zu leicht zu dem Verlust des überkommenen Charakters führt, ohne etwas neues Tatsächliches an seine Stelle zu setzen, also zur Charakterlosigkeit und somit zur schlimmsten Entartung. Vielleicht ist die Rückständigkeit bei einem Teil unserer Feinde, besonders bei den Franzosen und Russen, auf eine derartige Entartung zurückzuführen.

Diese Erkenntnis, nicht aus unserer Haut heraus zu können, darf aber natürlich nicht dazu führen, aus der Vergangenheit nichts zu lernen und alle gemachten Fehler einfach zu wiederholen. Können und wollen wir vielleicht die deutsche Sentimentalität, die auf der Fähigkeit, mit anderen mitzufühlen und uns in andere einzufühlen, beruht, auch nicht von Grund aus ablegen, so können wir doch danach streben, sie verstandesmäßig auf Grund der gemachten Erfahrungen zu beherrschen, statt uns von ihr beherrschen zu lassen. Sie völlig zu verneinen, würde der größte Fehler sein, weil sie doch immer wieder durchbrechen und uns gerade dort einen Streich spielen würde, wo wir am wenigsten darauf gefaßt sind. Besäßen wir diese Sentimentalität nicht, sondern an ihrer Stelle die Rücksichtslosigkeit des englischen und russischen Eroberungsgeistes, so würden zweifellos auch unsere Kriegsziele wesentlich andere sein und uns in Aufgaben verstricken, denen wir mit dem uns überkommenen Charakter nicht gerecht werden könnten.

Immerhin wäre diese Abschwörung der Sentimentalität in politischen Dingen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik noch begreiflich, da sie uns dort zweifellos manche Nachteile gebracht hat und die nicht von Sentimentalität angekränkelten diplomatischen Mittel unserer Feinde sich den unseren überlegen gezeigt haben. Wie tief uns dagegen die Fremdtümelei im Blute steckt, zeigt wohl am besten der Umstand, daß wir auch auf dem Gebiete der inneren Politik noch immer fortfahren, nach dem Auslande zu blicken und viele Kreise nach wie vor in der Nachahmung der politischen Demokratie unserer Feinde das Allheilmittel für gewisse innerpolitische Sorgen und auch für den Haß, mit dem uns die Welt beehrt, erblicken, obwohl doch gerade die deutsche Wider-

standsfähigkeit in diesem Weltkriege gezeigt hat, daß wir innerpolitisch im Kerne gesund sind und voraussichtlich nicht imstande wären, die gegenwärtige Widerstandsfähigkeit zu bekunden, wenn wir uns tatsächlich innerpolitisch durch die Tat zu den politischen Idealen unserer Feinde bekannt hätten, die sie jetzt ihrer Niederlage entgegenführen. Denn nachahmen sollte man doch nur das, was sich bewährt, nicht aber, was sich so überzeugend als verkehrt und mangelhaft herausgestellt hat, wie der innerpolitische Aufbau unserer Feinde. Es ist schwer verständlich, daß dieser naheliegende Gedanke in den Parlamentsverhandlungen der zweieinhalb Jahre Kriegszeit, die hinter uns liegen, nicht öfter und schärfer zum Ausdruck gekommen ist, und daß stattdessen immer wieder der Gedanke geäußert werden konnte, die zutage getretene Feindschaft der Welt durch ein Entgegenkommen gegen unsere Feinde in innerpolitischer Hinsicht zu besänftigen, obwohl die Bekämpfung des Teufels durch freundliches Entgegenkommen sich bisher in der Welt nur wenig bewährt hat. Wenn uns der Krieg auf innerpolitischem Gebiete etwas klar gezeigt hat, so ist es die Überlegenheit der deutschen Methode, und diese Erkenntnis sollte uns nicht wieder verloren gehen und auch bezüglich der Frage der Neuorientierung immer an erster Stelle stehen. Ansätze in dieser Hinsicht sind auch erfreulicherweise bereits vorhanden, so bei den Sozialdemokraten z. B. in den Büchern von Lensch und Hänisch, die in ehrlicher, nicht genug anzuerkennender Begeisterung mit einer ganzen Reihe von alten Vorurteilen über Deutschland und Preußen gebrochen haben und ebenso auch auf der anderen Seite, wo man den Leistungen der organisierten Demokratie, die sich in diesem Kriege so glänzend bewährt hat, ebenfalls gerecht geworden ist und freudig anerkennt, daß die früher als staatsfeindlich und staatszerstörend bekämpfte Sozialdemokratie sich große Verdienste um die Hebung des Arbeiterstandes und um das Durchhalten im jetzigen Kriege erworben hat. Hier ist der Punkt, wo die sogenannte Neuorientierung einsetzen sollte; nicht die urteilslose Nachahmung der entarteten und abgewirtschafteten westlichen Demokratie mit ihren Exporten nach Rußland muß unser Ziel sein, sondern die Vereinigung der bewährten überlieferten reichsdeutschen und bundesstaatlichen Methoden, in erster Linie auch der viel angefeindeten preussischen Methoden, die ihre Solidität in dem Läuterungsfeuer des Weltkrieges klar bewiesen haben, mit den Methoden der Organisationen der deutschen Demokratie, die im Gegensatz zu der rein negativen westlichen Demokratie durchaus positiv geartet ist, zu einer höheren harmonischen Einheit in der Weise, daß sie in Zukunft nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander zu arbeiten berufen sind. Denn wenn auch jeder staatliche Fortschritt nur aus dem Kampfe der widerstreitenden Meinungen im Innern erwachsen kann, so liegt doch auf der Hand, daß ein jedes Staatswesen dann auf der höchsten Höhe steht und die größte Kraft nach innen und außen entfalten kann, wenn der Kampf der Meinungen als solcher auf ein Mindestmaß zurückgeführt ist und durch ein gemeinsames Zusammenarbeiten nach den gleichen Zielen ersetzt worden ist.

Für diesen Ausgleich aber ist die Gegenwart und die Zeit nach dem Kriege geeigneter als jede andere. Für diesen Ausgleich ist der Krieg selbst die beste Borschule gewesen, weil hier dank der naiven politischen Geschicklichkeit unserer Militärbehörden, bereits das harmonische Zusammenarbeiten tatsächlich erzielt worden ist, das unser innerpolitisches Ziel für die Zukunft sein muß. Ist es hier möglich gewesen, die Leistungen unserer demokratischen Organisationen mit den staatlichen und den noch viel schärferen kriegerischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen, so darf man daran auch nicht zweifeln, dieses Ziel auf staatlichem Gebiete zu erreichen. Gerade die Eingliederung der Sozialdemokratie, abgesehen natürlich von der rein negativen westlich gerichteten Richtung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, dürfte sich, wenn erst einmal ein gemeinsames Arbeitsfeld geschaffen ist, leichter vollziehen als es zunächst den Anschein hat. Nicht mit Unrecht hat man gesagt, das es neben dem preußischen Staat kaum etwas anderes gibt, das dem gleichen preußischen Geist zeigt, als die preußische Sozialdemokratie, und tatsächlich hat die Sozialdemokratie in sich außerordentlich viele staatsbildenden Elemente, wie der bewundernswerte Ausbau ihrer Organe zeigt. Auch das Buch des Sozialdemokraten Lensch, der früher zu den radikalsten Vertretern der Sozialdemokratie gehört hat, ist mit seiner manchmal an konservative Politiker gemahnenden Betonung staatlicher Notwendigkeiten ein Beweis dafür. Daß er zurzeit bei seiner Partei nicht viel Anklang gefunden hat, sondern ziemlich allein dasteht, ist doch kein Beweis dagegen. Denn auch die sozialdemokratische Fraktion, obwohl sie sich den Pflichten gegen das Vaterland nicht entzogen, sondern sich freudig in seinen Dienst gestellt hat, spiegelt nicht den Geist der Arbeiterschaft wieder, die jetzt draußen vor dem Feinde durch zweieinhalb Jahre gestanden und ihre Treue gegen das Vaterland mit ihrem Blute besiegelt haben. Entstammt sie doch durchgehend der Zeit vor dem Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, das die Neuorientierung tatsächlich eingeleitet hat und viele von ihnen stecken, trotz ihrer jetzigen Haltung, doch noch zu sehr in dem Geiste des alten Klassenkampfes und eines negativen Marxismus, als das man aus dieser Haltung bindende Schlüsse für die Zukunft ziehen kann. Ihr endgültiges Gesicht wird die Sozialdemokratie erst nach den nächsten Wahlen haben, bei denen die Männer den Ton angeben werden, die im Felde gestanden und dort eine ganz andere Auffassung von Militarismus und Junkertum erhalten haben, als die alte Generation, die wohl im Kampfe gegen diese Kräfte, aber nicht im Kampfe mit ihnen gegen einen gemeinsamen Gegner gestanden hat.

Was überhaupt die Vorwürfe des Militarismus und des Junkertums betrifft, die uns von unseren Feinden gemacht werden, so haben einsichtige Leute auch demokratischer Richtung längst erkannt, daß bei uns in mancher Hinsicht ein weit echterer demokratischer Geist vorhanden ist, als etwa in England mit seiner erbarmungslosen Knechtschaft der unteren Klassen unter den Willen einer kleinen regierenden Kaste oder auch in Amerika, wo man neben dem goldenen

Kalb noch eine ganze Reihe anderer falscher Götter anbetet und europäische Grafen- und Fürstentitel vielleicht höher als bei uns geschätzt werden.

Es fragt sich, ob man sich tatsächlich bei der Weiterentwicklung unseres staatlichen Lebens grundsätzlich für das demokratische oder aristokratische Prinzip entscheiden muß oder ob nicht, trotz ihrer scheinbaren Gegensätzlichkeit ein Ausgleich beider möglich ist. Man kann für einen aristokratisch-autoritativen, auf starrer Organisation beruhenden Ausbau unseres staatlichen Lebens, im weiteren Sinne natürlich, eintreten, schon weil man den aristokratischen Aufbau der Gesellschaft für das Naturgemäße und auf ewigen Gesetzen beruhende erachtet und daneben doch den demokratischen Geist, dem wir in diesem Weltkriege so viel verdanken, nicht missen wollen. Beruht auf dem ersteren die Fähigkeit, alle Kräfte für ein großes Ziel zusammenzufassen, so auf dem zweiten, dem demokratischen Geist, die freudige spontane Mitarbeit jedes einzelnen, die der geknechtete Mensch nicht kennt. Den Weltkrieg würden wir weder ohne die eine noch ohne die andere Fähigkeit überstanden haben. Beides sind übrigens Erbstücke aus unserer alt-germanischen Vergangenheit, und ein Blick auf unsere ganze Geschichte zeigt, daß das deutsche Volk immer dann am höchsten gestanden hat, wenn der in ihm wohnende demokratische Trotz durch eine starke Organisation gebändigt und durch eine weitblickende Politik auf große Ziele hingewiesen war. Auch heute noch haben wir das Nebeneinander dieser beiden großen staatlichen Kräfte in dem demokratischsten Wahlrecht der Welt, dem Reichstagswahlrecht, und den mehr oder weniger aristokratisch gearteten bundesstaatlichen Wahlrechten und Parlamentsvertretungen, in erster Linie dem preußischen Dreiklassen-Wahlrecht und dem Herrenhause. Es wäre töricht, über beide Einrichtungen mit hergebrachten Schlagworten aburteilen zu wollen, hat doch erst kürzlich das Preußische Dreiklassen-Parlament mit einer aus dem Herzen kommenden Begeisterung die großen Verdienste des auf so ganz anderer Grundlage aufgebauten Reichstages in diesem Kriege freudig anerkannt. Und ebensooft sind auch von anderer Seite die preußischen Leistungen im allgemeinen und auch die des preußischen Parlaments anerkannt worden, obwohl das eigentlich nicht nötig gewesen wäre, denn für das preußische Staatsgebilde spricht das entscheidende Wort wohl am besten die preußische Geschichte selbst mit ihren großen Erfolgen, die um so höher zu bewerten sind, als sie nur auf Arbeit und Tüchtigkeit, nicht aber auf dem Reichtum des Bodens und der Gunst der äußeren Verhältnisse beruhen. Es wäre eine politische Verschwendung sondergleichen, wollte man ohne zwingende Notwendigkeit eine dieser beiden Kraftquellen des deutschen Volkes verstopfen nur um einer politischen Theorie willen; besitzen doch auch andere Länder und gerade die politisch erfolgreichsten neben einem Unterhaus ein Oberhaus, ja vielleicht haben sie diesem Umstande, daß ein Ausgleich zwischen dem spontanen Betätigungsdrange des demokratischen Unterhauses und des die Tradition und die staatliche Autorität repräsentierenden Oberhauses geschaffen werde, ihre größten Erfolge zu verdanken.

So lange England auf dem Gebiete der auswärtigen Politik seine größten Erfolge hatte, stand auch das Oberhaus auf der Höhe seiner Macht.

Doch soll natürlich für uns nicht das Vorbild des Auslandes in einer so wichtigen deutschen Lebensfrage maßgebend sein. Uns genügt es, festzustellen, daß unsere deutschen staatlichen Einrichtungen sich bewährt haben, um weiter an ihnen festzuhalten.

Selbstverständlich ist damit nicht die Frage der Reformbedürftigkeit der einen oder anderen Einrichtung überhaupt erledigt. Hinsichtlich des Reichstags hat sich dieses Bedürfnis höchstens bei einigen reaktionären Außenpolitikern bemerkbar gemacht, und seine Haltung in diesem Weltkriege hat wohl am besten bewiesen, daß er auf der Höhe seiner Aufgaben steht. Ebensovienig allerdings wird man einen derartigen Vorwurf gegen das Preussische Abgeordnetenhaus erheben können, dessen Verhandlungen, was staatliches Verantwortlichkeitsgefühl und hohes geistiges Niveau betrifft, es mit jedem Parlament der Welt aufnehmen können, ja das manchmal an politischer Besonnenheit den Reichstag übertroffen hat. Man kann auf diesem Standpunkte stehen und trotzdem die Ansicht vertreten, daß das preussische Wahlrecht reformbedürftig sei, nicht dem demokratischen Prinzip zuliebe, dem im deutschen Reichstage Genüge geschehen ist, sondern weil es den seit dem Erlaß der preussischen Verfassung völlig veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nicht mehr gerecht wird und tatsächlich aus diesem Grunde erhebliche Teile des Volkes verärgert und mißmutig abseits stehen und sich am politischen Leben nicht beteiligen. Das aber ist ein Luxus, eine Verschwendung der Volkskraft, die wir uns besonders in den schweren Zeiten, die nach dem Kriege kommen werden, nicht mehr leisten können. Und wenn dieser Krieg etwas gezeigt hat, so ist es die Mündigkeit auch der breiten Massen, die sich in diesem Kriege so glänzend bewährt haben. Von diesem Geschlecht wird man nicht befürchten brauchen, daß es um politischer Schlagworte willen an dem Fundamente des Staates rühren wird. Hat doch z. B. gerade infolge des Krieges das Schlagwort vom Kapitalismus, sonst eines der feuergefährlichsten, viel von seiner Zugkraft verloren. Vielleicht deshalb, weil dank unserer sozialen Gesetzgebung und unserer weitblickenden wirtschaftlichen Politik, in ganz Deutschland ein Hochstand der Lebenshaltung auch der unteren Klassen erreicht ist, der keinen heißen Haß gegen den Besitzenden mehr recht aufkommen läßt und selbst der Arbeiterstand an dem Beispiel seiner Führer und Unternehmer einseht, daß Reichtum — von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen — nicht Müßiggang und leichtes Leben, sondern im Gegenteil erhöhte Pflichten und erhöhte Sorgen bedeutet und daß von ihm das stolze Wort „noblesse oblige“ heute ebenso gilt wie vom Adel. Der Reiche ist heute viel weniger ein Nutznießer seines Besitzes, als sein Verwalter im allgemeinen und öffentlichen Interesse, und man läßt ihm diese Verwaltung, weil sich gezeigt hat, daß sie bei ihm in besseren Händen liegt als bei einer staatlichen Zentrale. Gerade die Erfahrungen, die

wir in diesem Kriege mit dem uns durch die Verhältnisse aufgezwungenen Kriegsozialismus und der zentralisierten Verwaltung aller der vielen Aufgaben gemacht haben, die sonst dem freien Wirtschaftsleben obgelegen haben, zeigen am besten, daß eine Ausschaltung der freien Kräfte und ihrer Ersetzung durch eine staatliche Zentrale ein Unding ist. Man sollte aber die Reform, die unabwendbar geworden ist und zu der sich auch der preussische Ministerpräsident in so feierlicher und bestimmter Weise bekannt hat, nicht über das Knie brechen, und zwar schon deshalb nicht, weil diejenigen doch auch ein Wort dabei mitzureden haben, die jetzt im Felde stehen und durch ihre Leistungen einen erhöhten Anspruch auf staatliche Beachtung sich erworben haben. Es würde eine Bevormundung der Besten des Volkes und der deutschen Zukunft bedeuten, wollte man über ihren Kopf hinweg zu neuen Maßnahmen schreiten. Wir in der Heimat, unsere Parlamentarier, wenn auch natürlich die große Zeit nicht eindrucklos an ihnen vorübergegangen ist, können doch zu wenig beurteilen, welch ein neues Geschlecht in den Stürmen des Krieges herangewachsen ist. Wer wollte sich vermessen, heute zu sagen, wie die nächsten Wahlen ausfallen werden? Ob sie, wie manche behaupten, die sozialdemokratische Hochflut bringen werden oder nicht und welcher Art im ersteren Falle die sozialdemokratische Hochflut wäre? Aber selbst wenn diese Hochflut kommen sollte, brauchte man nicht zu zweifeln. Das Geschlecht, das mit seinem Leben das Vaterland verteidigt hat, wird das so schwer Errungene nicht irgendwelcher Theorien willen wieder über den Haufen werfen, sondern im staatlichen Leben dasselbe Verantwortlichkeitsgefühl bekunden, wie auf dem Schlachtfelde. Bei ihnen wird die Stimme der Verfälscher keine Geltung haben, sondern nur der Führer, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind und an diesen wird es nicht fehlen, nachdem draußen Angehörige aller Berufsstände in Tod und Gefahr zusammengestanden und sich gegenseitig kennen und schätzen gelernt haben.

Der Geist der Unterordnung des einzelnen unter das große Ganze, dem wir den Sieg gegen die Übermacht unserer Feinde verdanken, wird auch das deutsche Volk in der Zeit des schwer errungenen Friedens beherrschen.

